

# FRAKTIONSINFO

## SPD IN DER BVV PANKOW

### **Herzlich Willkommen!**

Mit dem neuen FraktionsInfo, das regelmäßig vor den BVV-Sitzungen erscheinen soll, möchte die SPD-Fraktion in der BVV Pankow die Parteigliederungen, aber auch interessierte Bürgerinnen und Bürger über ihre Arbeit und aktuelle kommunalpolitische Entwicklungen informieren.

Viel Spaß beim Lesen der ersten Ausgabe wünscht Euch und Ihnen

*Sabine Röhrbein*

*Stellvertretende Vorsitzende*

---

### Inhalt

Start ins Jahr 2008	Seite 1
Aktuelles aus den Ausschüssen: Kinder- und Jugendhilfe, Kultur und Bildung, Schule und Sport, Gleichstellung und Integration	Seite 2
Ausblick: BVV-Sitzung am 6. Februar 2008	Seite 6
PM: SPD zur NABU-Klage gegen Windkraftanlage	Seite 6

---

### **Start ins Jahr 2008**

#### **Dauerthemen Haushalt und Schule**

Früh startete die SPD-Fraktion in ein arbeitsreiches Jahr 2008. Und das hat seinen Grund: Mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Doppelhaushalt 2008/09 Ende 2007 ist die dem Bezirk angedrohte Haushaltssperre nur vorerst abgewendet – bis Mai 2008 muss er Vorschläge für die weitere Konsolidierung seiner Finanzen vorlegen. Die Zeit bis dahin ist kurz und so analysierte die Fraktion gemeinsam mit den SPD-Stadträten schon im zeitigen Januar die Situation. Die Handlungsspielräume sind allerdings minimalst – zumal uns weitere Herausforderungen des vergangenen Jahres nach wie vor begleiten werden. Dazu gehört die Schulentwicklungsplanung für die Grundschulen, die derzeit in den zuständigen Gremien und so auch im BVV-Schulausschuss diskutiert wird. Für uns ist klar: Wir wollen nachhaltige Perspektiven schaffen und müssen dennoch auf aktuelle Gegebenheiten flexibel reagieren können. So gibt der Schulentwicklungsplan zwar einen Ausblick bis zum Schuljahr 2012/13. Gleichwohl muss die Entwicklung der Datenlage und insbesondere der Zahl der ABC-Schützen künftig jährlich geprüft werden. Nur so können wir rechtzeitig mögliche Defizite erkennen und die wenigen finanziellen Ressourcen des Bezirks für die Instandhaltung der Schulen optimal einsetzen.

Zweifellos werden uns 2008 auch die Sanierungsgebiete beschäftigen: Wo können wir die angesammelten Ausgleichsbeträge am besten einsetzen? Sollten wir hier verstärkt Mittel für die Sicherung und den Ausbau des Schulnetzes nutzen und in welcher Höhe ist dies sinnvoll? Welche Unterstützung brauchen Quartiere möglicherweise noch, deren Status als Sanierungsgebiet ausläuft und welche neuen wünschenswerten Sanierungsgebiete sind auf Landesebene durchsetzbar? Oder sind die Mittel anderer Förderprogramme nicht sehr viel besser geeignet, um

die Wohn- und Aufenthaltsqualität ausgewählter Kieze zu verbessern? Diese Fragen und mehr sind zu diskutieren. Die Beschlusslage der BVV ist klar: Sanierungsgebiete flächendeckend auszuweisen, ist wenig sinnvoll. Nachdem bisher die citynahen Bereiche profitiert haben, soll nun die Peripherie gestärkt werden. Dabei sollen in Geschäftsstraßen und Vierteln mit Funktions- und Substanzschwäche öffentliche Fördermittel für die Instandsetzung der Infrastruktur verwendet werden, während private Investitionen zum Beispiel durch steuerliche Vorteile anzuregen sind.

Für ihre mehrtägige Klausur im Mai hat sich die Fraktion vorgenommen, aus einer ganzen Themenliste Schwerpunkte herauszufiltern, die sie bis zum Ende der Wahlperiode noch bearbeiten möchte. Bei ihrer Ein-Tages-Klausur am kommenden Samstag, dem 9. Februar, sollen dagegen zunächst organisatorische Fragen im Mittelpunkt stehen.

*Sabine Röhrbein*

## **Aktuelles aus den Ausschüssen**

### ***Kinder- und Jugendhilfeausschuss***

#### **JFE-Entwicklung auf dem Prüfstand**

Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss sprachen am 15. Januar Eltern vor, die die drohende Schließung der Kita in der Großen Seestraße in Weißensee zum 1. Februar 2008 abwenden wollen. Hintergrund: Der Brandschutz des Objekts ist nicht mehr gegeben. Warum dies erst jetzt mit diesen Konsequenzen durch die Bauaufsicht festgestellt worden ist, nachdem bereits seit Jahren bauliche Mängel bekannt waren, versucht das Jugendamt derzeit zu klären. Noch ist völlig unklar, ob die Mängel behoben werden können und welche anderen Lösungen möglich sind.

Der Ausschuss hat seinen Unterausschuss Planung damit beauftragt, sich mit der Umsetzung der Stelleneinsparungen aus 2007 zu beschäftigen. Diese läuft auf eine Schließung von Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) oder deren Übertragung an freie Träger hinaus. Das Jugendamt hat dem Unterausschuss zur Beratung vorgelegt,

- die Mädchenfreizeiteinrichtung „Freiraum“ im Komponistenviertel in Weißensee und die JFE „Friteim“ in der Schönfließler Straße in Prenzlauer Berg aufzugeben und diese freien Trägern als Standorte für mögliche Familienzentren anzubieten.
- den Abenteuerspielplatz Karow und das Spielmobil an freie Träger zu übertragen.
- die JFE „Hosemannstraße“ in Prenzlauer Berg künftig in Kooperation zwischen dem Jugendamt und einem freien Träger zum Schwerpunkt „Medien in der Jugendarbeit“ zu betreiben.
- eine Kooperation des Jugendamtes mit dem Träger der JFE „Nische“ im Komponistenviertel unter anderem zur modellhaften Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit zu erreichen.

Der Unterausschuss hat in einer ersten Runde lediglich den ersten Punkt kritisch diskutiert. Fragen nach dem Konzept der angedachten „Familienzentren“ und der potentiellen Betreiber, der nötigen Absprachen mit anderen Abteilungen des Bezirksamtes, der Effekte auf den Haushalt und der Auslastung der JFE sowie der weiteren Perspektiven für die JFE-Entwicklung insgesamt bildeten nur die eine Seite der Medaille. Der Schwerpunkt der Debatte lag bei der Zukunft der Mädchenarbeit in der Bezirksregion Weißensee, die von Vertreterinnen und jungen Nutzerinnen der JFE „Freiraum“ konstruktiv begleitet wurde. Der Unterausschuss hat sich im Ergebnis dafür ausgesprochen, die Mädchenarbeit an dem Standort zu erhalten und diese Auflage beim Auswahlverfahren eines freien Trägers für ein mögliches Familienzentrum zu berücksichtigen. Es ist zu erwarten, dass auch die weiteren Punkte ähnlich kritisch diskutiert werden.

*Sabine Röhrbein*

## ***Ausschuss für Kultur und Bildung***

### **Familienbibliothek im Bötzowviertel geplant**

Hauptthema der Kulturausschusssitzung vom 16. Januar war das Nachnutzungskonzept für die Kurt-Tucholsky-Bibliothek, das der Verein Pro Kiez e.V. erarbeitet hat. Das Konzept sieht eine Weiternutzung als integrierte Kinder- und Erwachsenenbibliothek (Familienbibliothek) vor. Räumlich soll die Bibliothek auf die erste Etage und den Veranstaltungsraum im Hochparterre begrenzt werden. Geplant ist, nur noch eine Verbuchungstheke zu nutzen. Das Betreiberkonzept ist angelehnt an das der Thomas-Dehler-Bibliothek in Tempelhof-Schöneberg. Dabei bleibt die Bibliothek als bezirkliche Einrichtung erhalten; lediglich das Personal wird durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ersetzt. Auch der Voebb-Anschluss (Verbund der Öffentlichen Bibliotheken Berlins) bleibt bestehen.

In der Diskussion zu dem Modell haben sich folgende mögliche Probleme herauskristallisiert, die vorab geklärt werden müssen:

- Mit der Einrichtung einer bezirklichen Bibliothek, deren Betrieb ohne kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert wird, sendet man das Signal aus, dass in sozial starken Gebieten der Betrieb von öffentlichen Einrichtungen von den Bürgern selbst organisiert werden kann. Dies könnte den Druck auf unsere kulturellen Einrichtungen von Seiten der Landesebene verstärken.
- Der Betrieb einer Bibliothek, die ohne Personalkosten geführt wird, deren Ergebnisse aber trotzdem in die Kosten-Leistungs-Rechnung eingehen, verzerrt das Ergebnis der Kosten-Leistungsrechnung im Bibliotheksbereich. Es stellt sich die Frage, ob dies aus Sicht der Landesebene zulässig ist.
- Pro Kiez e.V. plant, in der Anfangsphase Personal vom Zentralen Stellenpool (ZEP) des Landes Berlin anzufordern, das den Aufbau der Bibliothek unterstützt. Für den Bezirk soll dies kostenfrei sein. Es ist eine verbindliche Stellungnahme vom ZEP einzuholen, ob ein solcher Antrag Aussicht auf Erfolg hat.
- Das geplante Nutzungskonzept schließt höchstwahrscheinlich eine Hortnutzung der übrigen Räumlichkeiten des Gebäudes aus. Das heißt, dass der Fachbereich Kultur das Gebäude vollständig übernehmen müsste. Dann stellt sich aber die Frage nach der Nutzung der übrigen Räumlichkeiten.
- Schließlich stellt der Bibliotheksverbund hohe Anforderungen an den Betrieb einer Voebb-Bibliothek. Es ist zu klären, inwieweit der Verein diese allein schultern kann.

Der Ausschuss ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Klärung all dieser Fragen den Rahmen einer Ausschusssitzung sprengen würde. Daher hat er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich mit den offenen Problemen befassen soll, beschlossen. Sie soll aus je einem Vertreter/einer Vertreterin der Fraktionen sowie der Ausschussvorsitzenden und einer Vertretung der Initiative Pro Kiez e.V. bestehen. Zusätzlich soll bei Bedarf eine Vertretung des Bezirksamtes eingeladen werden. Die Arbeitsgruppe wird zum ersten Mal am Donnerstag, dem 24. Januar 2008 tagen.

Außerdem hat das Kulturamt dem Ausschuss sein Konzept für die Weiterentwicklung des Kulturstandortes Prenzlauer Allee 227/28 vorgestellt. Im Moment werden die Dachsanierung und der Ausbau der Aula durchgeführt. Beide Maßnahmen sollen in den nächsten zwei Jahren abgeschlossen sein. Parallel dazu wird eine Veränderung der Raumstruktur der Bibliothek geprüft, um die Verbuchungstheken auf eine zu reduzieren. Danach soll im Vorderhaus ein zentraler Servicepoint eingerichtet werden. Die wichtigsten Ausbaumaßnahmen sollen bis 2011 abgeschlossen sein.

*Rona Tietje*

## ***Ausschuss für Schule und Sport*** **Sicherung des Schulnetzes**

Mehr ABC-Schützen im Prenzlauer Berg – weniger ABC-Schützen im Norden des Bezirks. Wie sich diese Probleme lösen lassen, ist seit Monaten Dauerthema im Ausschuss für Schule und Sport. Mit dem Schulentwicklungsplan für die Grundschulen, dessen Entwurf unsere Bezirksstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz im Januar in den Ausschuss eingebracht hat, liegt jetzt ein beachtliches Konzept dafür vor. Die Bevölkerungsentwicklung in den 16 Bezirksregionen (Sozialraumorientierung), die Schülerzahlen sowie die Planungsgrundlagen der allgemeinbildenden öffentlichen Schulen und die zehn Regionen des bezirklichen Schulnetzes sind klar herausgearbeitet. Sie bilden die Grundlage für die Analyse und die konsequent durchdachten Lösungsvorschläge für die Grundschulen von Buch bis zum Kollwitzkiez.

Die Diskussion des Entwurfs verlief in einer sachlichen Atmosphäre, zumal einige Ausschussmitglieder vom Angebot der bündnisgrünen Ausschussvorsitzenden Gebrauch gemacht hatten, mögliche Fragen über sie vorab der Schulstadträtin zuzuleiten. Wirkliche Kontroversen zeigten sich nicht – auch in der Frage des Erhalts von Schulstandorten. „In Siedlungsgebieten mit dörflichem Charakter bzw. in stadträumlich ungünstigen Lagen sind die traditionellen Standorte zur Stärkung des Sozialraumes möglichst zu erhalten“, heißt es in dem Entwurf, der in diesem Zusammenhang auch auf freie Schulträger verwies. Die Linksfraktion wollte das „möglichst“ gestrichen wissen, der Ausschuss insgesamt erkannte jedoch, dass dadurch der Handlungsspielraum des Bezirks zu stark eingeschränkt wäre. So bleibt „möglichst“ stehen, wohingegen der Verweis auf die freien Schulträger gestrichen wurde – die den Bezirk eben nicht aus seiner Verantwortung entlassen können.

Um die vorbereitenden Schritte zu einer Schulneugründung für das kommende Schuljahr rechtzeitig einzuleiten, votierte der Ausschuss dafür, in der Region 8 die bisherige Filiale der Rudolf-Dörrier-Grundschule am Standort Lessingstraße 44 als eigenständige Grundschule zu gründen und damit das Schulnetz und die Qualität der Schulen in Rosenthal und Wilhelmsruh langfristig zu sichern.

Interessierte Eltern verfolgten die Ausschussdebatte und unterstrichen in ihren Redebeiträgen einmal mehr die Notwendigkeit einer dringenden und nachhaltigen Lösung für die Problemkiese. Dazu gehören neben dem südlichen Prenzlauer Berg die Region 9 (Ortsteile Blankenburg, Blankenfelde und Französisch Buchholz) und die Region 10 (Buch und Karow):

- Der Bevölkerungsdruck im Prenzlauer Berg führt dazu, dass die Kapazität der Grundschulen perspektivisch bis zum Schuljahr 2012/13 zu erweitern ist. So ist unter anderem der Standort Danziger Straße 50 (frühere Martin-Luther-King-Oberschule) zu einer zweizügigen Grundschule auszubauen, sind die Reserven an der Homer-Grundschule zu erschließen, ist der Standort Pasteurstraße 7-11 (Abendgymnasium und Oberschule) zu betrachten, sind Erweiterungsmaßnahmen an der Grundschule am Planetarium zu prüfen und hat die Instandsetzung der Carl-Humann-Grundschule zur dreizügigen Grundschule höchste Priorität. Die neue Gemeinschaftsschule am Standort der Schinkel-Realschule (die mit der Achimedes-Realschule fusionieren wird) wird zum Schuljahr 2008/09 den Druck im Helmholtzkiez etwas abschwächen. Allerdings wird diese Schule keinen eigenen Einzugsbereich haben und Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Bezirk aufnehmen, wobei die ABC-Schützen aus dem Wohnumfeld Vorrang haben sollen. Bis zum Schuljahr 2012/13 wird aus der heutigen Sicht jedoch in dieser Region ein Schulneubau nötig sein.

- In der Region 9 nimmt die Zahl der Einschulungen gegenüber den ursprünglichen Prognosen ab. Hier war zuerst in der Überlegung, den Standort Blankenfelde der Platanen-Grundschule aufzugeben und den Standort Französisch Buchholz dieser Schule der Grundschule in Französisch Buchholz zuzuordnen. Diese ersten Überlegungen hat das Schulamt zurückgestellt, die Platanen-Grundschule soll mit ihren beiden Standorten vorerst erhalten bleiben. Auch im Ortsteil Karow sind die ursprünglich prognostizierten Bevölkerungszahlen nicht erreicht. Entsprechend bauen sich zunehmend Überkapazitäten bei den Schulen auf, für die künftig Handlungsstrategien zu entwickeln sind.

Allgemeines Fazit der Debatte, das bereits in den vergangenen Monaten deutlich wurde: Die Entwicklung der Schülerzahlen ist insbesondere in den problematischen Regionen im südlichen Prenzlauer Berg sowie im Norden des Bezirk jährlich zu prüfen, um adäquat auf die Problemlagen reagieren zu können. Die BVV wird die Schulentwicklungsplanung der Grundschulen im März abschließend debattieren.

*Sabine Röhrbein*

### ***Ausschuss für Gleichstellung und Integration***

#### **Gleichstellung: Frauen und Arbeitsmarkt**

Schwerpunktthema der Ausschusssitzung am 24. Januar 2008 war „Frauen und Arbeitsmarkt“: Nach Auskunft von Frau Richter vom JobCenter Pankow liegt der Anteil an arbeitslosen Frauen in Pankow bei 40 Prozent (Dezember 2007) und ist damit im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2006 weitestgehend stabil. Den größten Anteil an den 7.356 arbeitslosen Frauen stellt die Gruppe der 25- bis unter 50-Jährigen. Vergleichsweise gering ist hingegen der Anteil der 55- bis 57-Jährigen (388) und der über 58-Jährigen (82). 3.180 Frauen sind langzeitarbeitslos (über ein Jahr). Erwartungsgemäß sind Frauen in der Kategorie Bedarfsgemeinschaften/Alleinerziehende (insgesamt 4.686) enorm überrepräsentiert (4.446). Von den 6.784 Frauen, die Eingliederungsleistungen erhalten, stellen die Frauen mit einer MAE-Arbeitsgelegenheit (2.267) die größte Gruppe. Die zweitgrößte Gruppe erhält Bildungsgutscheine (1.290).

Als wesentliche Probleme bei der Vermittlung von Frauen wurden zwei Themen diskutiert: Zum einen deckt sich die aktuelle Nachfrage nach unter anderem Berufen des Handwerks und Agentinnen und Agenten für Call-Center nicht mit dem Berufsprofil der arbeitslosen Frauen (Verkäuferinnen, Bürokauffrauen). Zum anderen erschweren fehlende Möglichkeiten der flexiblen Kinderbetreuung den Berufseinstieg.

*Simone Ehrenberg-Silies*

#### **Integration: Information zum Lokalen Aktionsplan**

In der Sitzung am 24. Januar 2008 wurde ein gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Linksfraktion zur Drucksache VI-0277 eingebracht. Ziel des Antrages war es, das seit August 2007 laufende Bundesprogramm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ stärker an die BVV anzubinden. Im Ausschuss wurde dieser Änderungsantrag einstimmig angenommen. Sollte die BVV der Drucksache am 6. Februar zustimmen, wäre in Zukunft gewährleistet, dass der Ausschuss für Gleichstellung und Integration und die BVV zeitnah und grundsätzlich bereits vor der Beschlussfassung durch den Begleitausschuss über die Aktivitäten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes „Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ informiert würde. Außerdem würde ein Vertreter oder eine Vertreterin des Ausschusses für Gleichstellung und Integration mit beratender Stimme im Begleitausschuss für die Mittelvergabe vertreten sein. Somit hätte die BVV größeren Einfluss auf die Förderung von Projekten und würde nicht erst im Nachhinein über Entscheidungen informiert.

Einigkeit herrschte im Ausschuss allerdings auch darüber, dass die Beschlusslage nicht dazu führen darf, dass Antragsfristen für Bundesmittel aus dem Programm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ versäumt werden. Sollte die rechtzeitige Antragstellung für die Bundesmittel gefährdet sein, wäre eine erst nachträgliche Information von Ausschuss und BVV ausnahmsweise zu akzeptieren.

*Thomas Keller*

### ***Ausblick: BVV-Sitzung am 6. Februar 2008***

#### **Folgerungen aus kritisierten Baumaßnahmen am Kollwitzplatz**

Bei ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr 2008 wird sich die im September 2006 gewählte BVV nun endlich eine neue Geschäftsordnung geben. Bisher galt die Geschäftsordnung der vorigen Wahlperiode vorläufig weiter, Verzögerungen hatte es zuletzt noch einmal durch Hinweise des Rechtsamtes gegeben. Diese und weitere der Fraktionen und des Ältestenrates hat der zuständige Ausschuss jetzt abschließend beraten und zum Teil eingearbeitet, so dass einer Beschlussfassung augenscheinlich nichts mehr im Wege steht.

Darüber hinaus steht ein ganzes Paket von Anträgen auf der Tagesordnung, die bereits zur BVV-Sitzung im Dezember 2007 eingebracht worden sind, aber aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnten. Dazu gehören unter anderem Anträge zu den Straßenbaumaßnahmen rund um den Kollwitzplatz, die die SPD gemeinsam mit der Linksfraktion debattiert haben will. Hier sind im Sanierungsgebiet Pläne umgesetzt worden, die dem erklärten Willen der BVV zuwider laufen. Jetzt sind Verfahrensschritte zu klären, die auch sicherstellen sollen, dass künftig Baumaßnahmen so umgesetzt werden wie die BVV und ihre Fachausschüsse sie festgelegt haben. In der Dezember-Sitzung hatte der zuständige Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) bereits eine umfängliche Große Anfrage zu den konkreten Abläufen der kritisierten Bauarbeiten beantwortet und sich einsichtig gezeigt. Wieder gemeinsam mit der Linksfraktion bringt die SPD zwei weitere Anträge zu diesem Themenkomplex neu in die BVV ein. Dabei geht es darum, noch einmal grundsätzliche Eckdaten für die Beauftragung zum Beispiel von Planungsarbeiten bei allen Bauvorhaben des Bezirks festzulegen.

Die SPD-Fraktion bringt außerdem einen Antrag zur Förderung des Mädchen- und Frauensports im Bezirk ein, der unter anderem vorsieht, einen Preis für Best-Practice-Beispiele auszuloben. Ferner ist die SPD an einem interfraktionellen Antrag beteiligt, der die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Berlin für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Flüchtlinge in der Spandauer Motardstraße kritisch bewertet. Ziel ist, dass die dort durch das Bezirksamt Pankow Betreuten nach Einzelfallprüfung unter Ausnutzung der gesetzlichen Handlungsspielräume andernorts und am besten in eigenen Wohnungen untergebracht werden.

*Sabine Röhrbein*

### ***SPD-Fraktion bezieht Stellung zur NABU-Klage gegen Windkraftanlage „Geschützte Vogelarten nicht in Gefahr“***

Wie heute bekannt wurde, hat der Landesverband Berlin des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) e.V. am 11. Januar 2008 beim Verwaltungsgericht Berlin Klage gegen die Genehmigung einer Windkraftanlage im Bezirk Pankow eingereicht. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Pankow Klaus Mindrup:

„Die Behauptungen des Berliner NABU zur geplanten Windkraftanlage in Berlin sind nachweislich falsch. Die Einwände des NABU wurden im vergangenen Jahr mit den Berliner Naturschutzverbänden diskutiert und widerlegt. Die Windkraftanlage liegt nicht wie der NABU behauptet in einem schutzwürdigen Naturraum sondern inmitten eines Gewerbegebietes umgeben von zwei

Autobahnen, einer Bundesstraße einer Eisenbahn sowie mehreren Hochspannungsleitungen. Bemerkenswert ist, dass die Klage des NABU „zufällig“ komplette Textbausteine einer internen Stellungnahme der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom 17. August 2006 zu dieser Windkraftanlage enthält. Damals waren die Bedenken bereits im Genehmigungsverfahren durch die Senatsverwaltung für Umweltschutz abgewogen und widerlegt worden.

Auf Bundesebene wurden zwischen den Verbänden der Erneuerbaren Energien und Naturschutzverbänden Kriterien für die Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen vereinbart. Diese Kriterien werden von der Berliner Anlage alle deutlich eingehalten. Dies gilt insbesondere für die geforderten Abstände zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten, Feuchtgebieten und Horsten von besonders geschützten Vogelarten. Durch die geplante Anlage wird nicht eine einzige bedrohte Population in ihrer Existenz gefährdet. Daher unterstützen im Gegensatz zum NABU auch andere Berliner Naturschutzverbände wie der Bund für Umwelt und Naturschutz BUND und die Grüne Liga den Bau der Windkraftanlage.

Insbesondere die Behauptungen zum in Brandenburg häufigen Rotmilan entbehren jeder fachlichen Grundlage. Wer, wie der Berliner NABU, die Schutzflächen um Rotmilanhorste um den Faktor 25 gegenüber den Regelungen in Brandenburg erhöhen will, argumentiert unseriös. Wenn die geplante Anlage in Berlin tatsächlich nicht genehmigungsfähig wäre, dann dürfte sich nirgendwo in Deutschland mehr ein Windrad drehen, denn ökologisch derart vorbelastete Standorte wie im Pankower Autobahndreieck gibt es ansonsten kaum. An der Küste mit wirklich intensivem Vogelzug dürfte sich dann keine einzige Anlage drehen.

Wer für Naturschutz ist, sollte etwas gegen den Klimawandel – die größte Bedrohung für unsere heimische Artenvielfalt – und für die Energiewende tun und nicht wie der NABU Berlin tatkräftig das Geschäft der Kohle- und Atomenergielobby durch Bedienen nachweislich falscher Vorurteile betreiben.“

*Pressemittteilung vom 16. Januar 2008*

***Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 14. BVV-Sitzung, die am 12. März 2008 stattfindet, und kann unter [www.spd-fraktion-pankow.de](http://www.spd-fraktion-pankow.de) heruntergeladen werden.***